

K12 Gerechtes Frankfurt – eine Stadt für alle (Soziales)

Antragsteller*in: Oliver Kossack (Frankfurt-Oder KV)

Text

1887 **Gerechtes Frankfurt – eine Stadt für alle**

1888 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für das **Recht aller Menschen auf ein**
1889 **menschenwürdiges Leben**. Dabei geht es uns vor allem darum, Teilhaberechte zu
1890 garantieren und den Zugang zu Bildung, Freizeit, Wohnen und Kultur
1891 sicherzustellen. Ein unabhängiges Beratungsnetz muss Hilfe bieten für Menschen,
1892 die in Armut oder in Notsituationen geraten.

1893 Fast jedes dritte Frankfurter Kind unter 18 Jahren ist ganz oder teilweise auf
1894 staatliche Leistungen angewiesen. Damit herrscht in Frankfurt (Oder) die höchste
1895 Kinderarmutsquote aller Kreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg. Hinzu
1896 kommt, dass die Kinderarmut in Frankfurt sogar leicht gestiegen ist, während
1897 überall sonst im Land ein Rückgang zu verzeichnen war. Neben der angespannten
1898 finanziellen Lage kann sich auch die teilweise zu beobachtende kulturelle,
1899 soziale und emotionale Armut nachhaltig auf das Wohlbefinden und die
1900 Zukunftschance der Kinder auswirken. Deshalb ist uns die **Bekämpfung von Kinder-**
1901 **und Familienarmut** besonders wichtig. Wir unterstützen die Initiative des
1902 Oberbürgermeisters, sich der Thematik anzunehmen und eine Gesamtstrategie für
1903 diese zentrale Herausforderung zu entwickeln. Für dieses Anliegen halten BÜNDNIS
1904 90/DIE GRÜNEN die Familienförderung für eine der wichtigsten gesellschaftlichen
1905 und somit auch kommunalen Aufgaben. Unsere Stadt hat einige gute
1906 niedrigschwellige Ansätze entwickelt, um Familien zu helfen und zu begleiten,
1907 wie etwa den Baby-Besuchsdienst, die Familienhebamme oder auch die enge
1908 Kooperation zwischen Eltern-Kind-Zentren, Kitas und Familienhilfe. Wir setzen
1909 uns weiterhin dafür ein, **den Baby-Besuchsdienst, die Familienhebamme und die**
1910 **beiden Eltern-Kind-Zentren** dauerhaft zu finanzieren und diese Finanzierung
1911 mittelfristig zu erhöhen, um ihre erfolgreiche Arbeit nachhaltig
1912 sicherzustellen. Darüber hinaus halten wir es für ein wichtiges Element einer
1913 ganzheitlichen Strategie, auch die soziale Stigmatisierung zu bekämpfen, der
1914 sich von Armut betroffene Familien und Kinder im Alltag regelmäßig ausgesetzt
1915 sehen.

1916 Wir Bündnisgrünen haben uns bei der Überarbeitung der **Kitabeiträge** dafür
1917 eingesetzt, Familien stärker zu entlasten und Beiträge besser sozial zu
1918 staffeln. Als einzige Fraktion haben wir uns dagegen ausgesprochen, einen
1919 Beitrag für finanzschwache Familien einzuführen. Angesichts der geplanten
1920 Einführung von Beitragsfreiheit durch das Land werden wir auch weiter dafür
1921 kämpfen.

1922 Kinder in bedürftigen Familien haben Anspruch auf Erstattung des Eigenanteils
1923 für den Erwerb von Schulbüchern und auf Ermäßigung bei der
1924 Schüler*innenbeförderung. Wir wollen in den Schulen und Kitas verstärkt
1925 Aufklärungsarbeit leisten, um den Familien dabei zu helfen, ihr Recht in
1926 Anspruch zu nehmen. Außerdem wollen wir Möglichkeiten schaffen, den **Zugang zu**

1927 **Leistungen des Bildungs- und Teilhabegesetzes** für bedürftige Kinder und
1928 Jugendliche zu erleichtern, wie etwa ein vereinheitlichtes Bezahlsystem.

1929 Bei der Bewältigung der Auswirkungen von Kinderarmut spielt die
1930 Jugendsozialarbeit an Schulen, in Jugendclubs und im öffentlichen Raum eine
1931 wichtige Rolle, um die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen
1932 zu fördern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Auffassung, dass es **Schulsozialarbeit**
1933 **an allen Schulen** in Frankfurt geben sollte. Wir setzen uns daher für eine
1934 mittelfristige Verstetigung der Stellen von Schulsozialarbeiter*innen und einen
1935 Ausbau im Rahmen der inklusiven Grundschulen ein. Um auch im Freizeitbereich
1936 gute Unterstützungsangebote für Jugendliche zu machen, wollen wir die
1937 **Kapazitäten der offenen Jugendarbeit und Straßensozialarbeit ausbauen** sowie die
1938 Vernetzung der Träger und Einrichtungen stärken, gerade auch im Hinblick auf
1939 aktuelle Bedarfe in der Präventionsarbeit.

1940 Auch das Mehrgenerationenhaus muss von Seiten der Stadt weiter in seiner Arbeit
1941 unterstützt werden. Es ist ein unverzichtbarer Anlaufpunkt geworden,
1942 insbesondere für Menschen aus der Innenstadt. Das **Quartiersmanagement** hat sich,
1943 wie die Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe insgesamt, bewährt.

1944 Es ist sehr erfreulich, dass Frankfurt (Oder) 2018 erstmals seit 1990 wieder
1945 einen leichten Bevölkerungszuwachs verzeichnen konnte. Aktuelle Prognosen deuten
1946 an, dass sich dieser positive Trend auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird.
1947 Deshalb unterstützen wir den kürzlich beschlossenen Abriss-Stopp und setzen uns
1948 dafür ein, dass es weiterhin **genügend bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum im**
1949 **Zentrum und in den Stadtteilen** gibt. Dafür ist die regelmäßige Fortschreibung
1950 des qualifizierten Mietspiegels für uns unverzichtbar. Auch passende und
1951 günstige Wohnungen für Studierende und junge Familien sind wichtig, wenn wir
1952 diese in Frankfurt halten wollen. Wir haben in Teilen einen Wohnungsüberhang in
1953 Frankfurt und Wohnungsknappheit in Słubice. Hier liegt es auf der Hand, dass
1954 eine stärkere Kooperation unserer Zwillingstädte in diesem Bereich Vorteile für
1955 alle bringt. Dazu gibt es bereits erfolgreiche Ansätze durch die
1956 Wohnungsunternehmen, die wir unterstützen und ausbauen wollen.

1957 Auch wenn es in den letzten Jahren positive Entwicklungen gab, ist die Zahl der
1958 **Arbeitssuchenden** in Frankfurt (Oder) weiterhin relativ hoch. Durch eine
1959 nachhaltige Wirtschaftspolitik mit grenzüberschreitender Ausrichtung wollen wir
1960 hier eine langfristige Verbesserung erreichen. Außerdem müssen auch
1961 selbstorganisierte Strukturen wie die Arbeitsloseninitiative weiterhin gefördert
1962 werden. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen wir für einen gesetzlichen Mindestlohn.
1963 Das bedeutet für uns vor Ort die konsequente Einhaltung des Vergabegesetzes und
1964 generell existenzsichernde Löhne sowie **gute Arbeitsbedingungen und starke**
1965 **Personalvertretungen**. Nicht nur in der Vergabe eigener Aufträge, sondern auch im
1966 Wettbewerb um Wirtschaftsansiedlungen darf die Werbung für Frankfurt (Oder) als
1967 Niedriglohn-Standort kein Mittel der Wirtschaftsförderung sein. Menschen mit
1968 Behinderung sollen leichter als bisher eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt
1969 finden.

1970 Ein besonders wichtiger Bestandteil guter Arbeitsbedingungen ist für uns die
1971 Familienfreundlichkeit. Auch wenn wir in Frankfurt vergleichsweise gut dastehen,
1972 was den Ausbau von Betreuungskapazitäten angeht, müssen wir die **Vereinbarkeit**
1973 **von Beruf und Familie** noch weiter verbessern. Alleinerziehende haben oft
1974 Schwierigkeiten, einen Beruf anzunehmen, weil sie die Betreuung mit
1975 Schichtarbeitszeiten, z.B. in den Callcentern, schwer vereinbaren können. Hier

- 1976 wollen wir Abhilfe schaffen und Initiativen wie das Bündnis für Familie
1977 unterstützen, das sich erfolgreich für familienfreundlichere Arbeitsbedingungen
1978 in Frankfurter Unternehmen einsetzt.
- 1979 Auch der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung unserer Stadt steigt. Wir
1980 wollen, dass sie im Alter ein selbstbestimmtes Leben führen können. Deshalb muss
1981 die Stadtverwaltung eng mit den städtischen Wohnungsunternehmen
1982 zusammenarbeiten, um Kapazitäten von unterschiedlichen altersgerechten
1983 Wohnformen sicherzustellen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, eine
1984 Pflegeeinrichtung in städtischer Hand zu erhalten und gezielte Projekte zur
1985 Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Pflege zu initiieren, damit **ausreichend**
1986 **Pflegeplätze mit guten Bedingungen** in Frankfurt zur Verfügung stehen.
- 1987 Gerade für ältere Menschen, aber auch für das soziale Leben der Stadt insgesamt,
1988 ist eine **gute Nahversorgung mit Supermärkten, Ärzt*innen und öffentlichen**
1989 **Verkehrsmitteln** wichtig. Deshalb setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine
1990 nachhaltige Sicherung von Einkaufsmöglichkeiten in allen Stadtteilen ein sowie
1991 einen Nahverkehr, der in seiner Taktung, Linienführung und
1992 Haltestellenausstattung keinen Stadtteil abhängt. Die letzten Jahre haben
1993 gezeigt, dass in Frankfurt (Oder) Fachärzt*innen in verschiedenen Bereichen
1994 fehlen. Um hier wieder eine ausreichende Versorgung zu erreichen, wollen wir
1995 gezielte Gespräche mit Verbänden und Krankenkassen führen, um die Ansiedlung von
1996 Fachärzten zu fördern.
- 1997 Auch die Versorgung unserer Stadt mit Hebammen ist ein zentrales Anliegen für
1998 uns. Deren Anzahl ist in den vergangenen Jahren stetig zurückgegangen. Wir
1999 wollen darauf hinarbeiten, dass die Stadtverwaltung **attraktive Bedingungen und**
2000 **Anreize für Hebammen** schafft, um sie in der Stadt zu halten.
- 2001 Die Möglichkeiten zur **Teilhabe von Menschen mit Behinderung** am öffentlichen
2002 Leben und die Rahmenbedingungen zur Bewältigung des täglichen Lebens müssen
2003 erheblich verbessert werden. Dafür brauchen wir Orientierungssysteme, die auch
2004 für Menschen lesbar sind, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind oder
2005 nicht lesen können, mehr akustische Ampelanlagen sowie eine barrierefreie
2006 Gestaltung von Webseiten und Informationsangeboten der Stadt. Die bauliche
2007 Barrierefreiheit wollen wir ausbauen, insbesondere durch Bordsteinabsenkungen,
2008 Rampen, Handläufe und Aufzüge. Unsere Stadt muss genügend barrierefreien
2009 Wohnraum bieten, der ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Um barrierefreie
2010 Arztpraxen zu bündeln, unterstützen wir die Idee eines Praxisspiegels und wollen
2011 mehr Einzelhändler*innen dafür gewinnen, barrierefreie Zugänge zu gewährleisten.
- 2012 Der Standort der Notunterkunft für Wohnungslose sowie der
2013 Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in Seefichten gehört für uns auf den
2014 Prüfstand. Diese Menschen sollen nicht isoliert weit außerhalb des Stadtzentrums
2015 leben. Die Unterkunft ist schwer erreichbar, da Wohnungslose kaum Geld für den
2016 Bus aufbringen können. Dies kann besonders im Winter kritisch werden, wenn sie
2017 die schützende Unterkunft nicht mehr zu Fuß erreichen können. Hier muss eine
2018 andere Lösung gefunden werden.